



VORARLBERG

Pressegespräch

zum Thema:

Prekäre Arbeitsverhältnisse Auswirkungen und Gegenmaßnahmen

Freitag, den 13. September 2019
Dornbirn

Gesprächspartnerinnen:

Veronika Bohrn Mena, Buchautorin

Manuela Auer, AK-Vizepräsidentin

Prekäre Arbeit setzt Betroffene unter Druck

Dornbirn (FSG). Pseudo-Praktika, Scheinselbständige, befristete Arbeitsverträge, Tagelöhner und Teilzeitbeschäftigte – atypische Beschäftigungsformen nehmen zu und versetzen ArbeitnehmerInnen zunehmend in prekäre Verhältnisse. Konzerne und Großfirmen nutzen die Not vieler arbeitssuchender Menschen aus. „Für die meisten Menschen ist Arbeit besser als keine Arbeit, darum lassen sich viele auf unsichere Vertragsverhältnisse ein“, betont AK-Vizepräsidentin Manuela Auer. „Die Folgen sind fatal. Die Menschen können mit ihrem Einkommen kaum leben. Außerdem fehlt die soziale Absicherung. Die Auswirkungen reichen bis ins Pensionsalter hinein. Die Menschen schlittern als Working-Poors direkt in die Altersarmut.“ Betroffen sind vor allem Frauen. Die Entwicklung ist für Auer mehr als besorgniserregend. „Wenn wir die Prekarität nicht stoppen, werden generell unsere Arbeits- und Lebensverhältnisse unsicher!“

Die Menschen leben zunehmend in unsicheren Arbeitsverhältnissen – wobei atypisch nicht gleich prekär bedeutet. Prekär wird es dann, wenn die soziale Unsicherheit zunimmt, und immer mehr Menschen von ihrer Arbeit nicht mehr leben können. Beispiele für Menschen in prekären Verhältnissen beschreibt Veronika Bohrn Mena in ihrem neuen Buch „Die neue ArbeiterInnenklasse“ sehr eindringlich. Bohrn Mena arbeitet bei der GPA-djp und beschäftigt sich seit über 10 Jahren mit prekären Arbeitsverhältnissen und atypischer Beschäftigung. Die Gewerkschafterin warnt: „Miese Jobs sind ansteckend. Je mehr Menschen hineingedrängt werden, desto mehr wird es solche Jobs geben.“ Atypische Beschäftigungsverhältnisse, die Menschen in die Prekarität treiben können, sind zum Beispiel befristete Verträge, Teilzeitbeschäftigung, geringfügig Beschäftigte, Leih- bzw. Zeitarbeit, Freie DienstnehmerInnen, Solo-Selbständige oder CrowdworkerInnen.

Faktoren für prekäre Verhältnisse

Niedrige Löhne

Der österreichische Arbeitsmarkt ist hinsichtlich Lohnentwicklung, Beschäftigungsstabilität und Arbeitszeit stark gespalten. „Während sich mehrjährig Beschäftigte in den letzten zehn Jahren über Lohnsteigerungen von rund neun Prozent erfreuen konnten, ist der Lohn von Kurzzeit-Jobbern um bis zu zwei Prozent gesunken“, erklärt Bohrn Mena. „Insgesamt stagniert die Lohnentwicklung in Österreich, während das Leben immer teurer und die Mieten beispielweise alleine in den letzten fünf Jahren um durchschnittlich 13 Prozent gestiegen sind.“

Neue Jobs unter schlechten Rahmenbedingungen

Neue Arbeitsplätze sind in Österreich seit 2012 hauptsächlich im Bereich der atypischen Beschäftigung entstanden. Deswegen haben Teilzeitbeschäftigung, befristete Dienstverhältnisse, Leiharbeit und geringfügige Beschäftigung stark zugenommen. „Inzwischen sind rund ein Drittel aller Erwerbstätigen in Österreich atypisch beschäftigt; unter den Frauen sind sogar mehr als die Hälfte atypisch

beschäftigt. Atypisch Beschäftigte werden allerdings um rund ein Viertel schlechter bezahlt als regulär Beschäftigte in unbefristeten Vollzeit-Arbeitsverträgen“, so Bohrn Mena.

Teilzeitarbeit und mehrfache Geringfügigkeit als Armutsfalle

Laut einer Studie des WIFO sind 34 Prozent der österreichischen ArbeitnehmerInnen in Teilzeit oder anderen Formen atypischer Beschäftigung. Viele mehrfach geringfügig Beschäftigte, die die Geringfügigkeitsgrenze überschreiten, sind zwar kranken- und pensionsversichert, jedoch nicht arbeitslosenversichert. Für den Fall der Arbeitslosigkeit erwerben sie damit keine Leistungsansprüche. Wie eine von der AK-Vorarlberg in Auftrag gegebene Studie von Sozialwissenschaftlerin Dr. Eva Häfele zu Prekarität und Erwerbsarmut in Vorarlberg zeigt, sind vor allem Frauen betroffen, in die Erwerbsarmut zu schlittern. Die Zahl der Teilzeit arbeitenden Frauen ist innerhalb der letzten zehn Jahre am stärksten gewachsen, nämlich um 6,1 Prozent auf 51,3 Prozent. Das ist österreichweit der höchste Wert. In Vorarlberg arbeiten rund 50.000 Menschen in Teilzeit, davon sind 43.400 weiblich. „Kommen ein geringes Stundenausmaß mit geringem Verdienst zusammen, führt das sehr wahrscheinlich in die Erwerbsarmut und später in die Altersarmut“, erklärt AK-Vizepräsidentin Manuela Auer.

„Zwang“ zur Teilzeitarbeit

Laut aktueller Kindertagesheimstatistik der Statistik Austria kommen Kindergärten im Durchschnitt auf 26,9 geschlossene Tage im Jahr. Im Bundesländervergleich rangiert Vorarlberg mit knapp 30 Schließtagen mit Burgenland und Tirol am Ende der Tabelle. Wien hat hingegen mit 7 die wenigsten. In nur rund einem Drittel der Kindergärten wird eine ganztägige Betreuung angeboten. „Eltern – vor allem Frauen – werden dadurch zur Teilzeitarbeit gezwungen. Von Wahlfreiheit kann erst gesprochen werden, wenn es genügend Angebot gibt“, betont Auer. Während Wien als erstes Bundesland den beitragsfreien Kindergarten eingeführt hat, sind Kinderbetreuungseinrichtungen/Kindergärten in vielen Bundesländern eine teure Angelegenheit und verschlingen mehrere hundert Euro im Monat. „Wer 1 und 1 zusammenrechnen kann, kommt schnell auf die Ursache für prekäre Verhältnisse und Altersarmut!“

Altersarmut als Folge

2018 galt fast ein Viertel der alleinlebenden über 65-jährigen Frauen in Österreich als erheblich materiell benachteiligt. Vorarlberg unterscheidet sich damit kein bisschen von anderen Bundesländern, weiß Auer: „Teilweise können alleinstehende Frauen in Vorarlberg ihre Wohnungen im Winter nicht warmhalten, ihre regelmäßigen Rechnungen nicht begleichen, unerwartete Reparaturen nicht bezahlen oder sich schlicht keinen Fernseher, keine Waschmaschine oder kein Mobiltelefon leisten.“ In keinem Bundesland klafft die Pensionsschere zwischen Männern und Frauen so weit auseinander wie in Vorarlberg. Während der Equal Pension Day österreichweit auf den 29. Juli fiel – war er in Vorarlberg schon am 6. Juli. „Dass Frauen durchschnittlich 43 Prozent weniger Pension bekommen als Männer, ist ein unerträglicher Zustand“, so Auer.

Bohrn Mena ergänzt: „Es wäre allerdings ein fataler Fehler, die Verantwortung dafür den Frauen selbst zuzuschieben. Denn nicht die Frauen, die oft keine Wahlmöglichkeit haben und Teilzeit arbeiten müssen sind daran schuld, dass sie in der Altersarmut landen - sondern die Politik, die es verabsäumt den Arbeitsmarkt und das Pensionssystem so zu gestalten, dass Frauen darin nicht aktiv benachteiligt werden.“

Forderungen der AK-Vizepräsidentin

Es braucht den klaren politischen Willen, der Entwicklung in Richtung Verarmung und Unsicherheit entgegenzuwirken. Deswegen müssen auf mehreren Ebenen Maßnahmen gesetzt werden. So kann der Hebel auf nationaler, betrieblicher, sozialpartnerschaftlicher und parlamentarischer Ebene angesetzt werden. Es braucht flächendeckende Lohnerhöhungen, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, eine steuerliche Entlastung der ArbeitnehmerInnen, soziale Absicherung bei allen Beschäftigungsformen und eine Arbeitszeitverkürzung.

Kräftige Lohnerhöhungen bei KV-Verhandlungen

Entgegen den jüngsten Aussagen von Wirtschaftskammerpräsident Harald Mahrer zu den anstehenden Kollektivvertragsverhandlungen sieht Auer genügend Spielraum für die Lohnverhandlungen. „Es ist Erntezeit für die steigende Produktivität“, fordert Auer kräftige Reallohn- und Gehaltserhöhungen. „Die Ergebnisse müssen deutlich über der Inflationsrate liegen.“ Österreichs ArbeitnehmerInnen werden von Jahr zu Jahr produktiver, wie eine aktuelle OECD-Studie zeigt. Davon profitieren aber vor allem die Unternehmen. Die gesamte Kaufkraft der Beschäftigten ist hingegen kaum höher als vor 20 Jahren. „Die Produktivität der Beschäftigten ist in diesen 20 Jahren um ein Viertel gestiegen. Die Löhne und Gehälter aber nur halb so stark“, betont Auer.

Mindestlohn von 1.700 Euro

Auer plädiert für 1.700 Euro Mindestlohn. „Preissteigerungen und Belastungen wie hohe Wohnkosten fressen immer größere Teile des monatlichen Einkommens auf“, erklärt Auer. Von der Erhöhung des Mindestlohns auf 1.700 Euro würden sieben Millionen ÖsterreicherInnen profitieren, und es würde wesentlich dazu beitragen, die immer weiter auseinanderklaffende Lohnschere zwischen Mann und Frau zu verringern.

Gratis Kindergarten

„Was für die Schule gilt, muss auch für den Kindergarten gelten“, betont Auer. Sie fordert einen kostenlosen Kindergarten für alle, mehr Einrichtungen mit längeren Öffnungszeiten und weniger Schließtagen. „Das Beispiel Wien zeigt: Es geht einzig um den politischen Willen“, betont Auer. Ein Schlüssel ist die Ausbildung des pädagogischen Personals: In Wien wurde bereits 2008 eine Ausbildungsoffensive gestartet, zusätzlich hat die Bundeshauptstadt vor drei Jahren mit einer Ausbildung für eine neue Berufsgruppe, die AssistenzpädagogInnen, begonnen. Eine solche Initiative wünscht sich Auer auch für Vorarlberg. „Eltern – und hier besonders Frauen

– sollen selbst entscheiden können, wie sie ihre Kinder betreuen lassen, und ob sie Voll- oder Teilzeit arbeiten wollen.“

Steuerentlastung für kleine und mittlere Einkommen

Steuerlich muss kräftig umverteilt werden: Durch die Senkung der Lohnsteuer aller Beschäftigten, einen steuerlichen Wohn-Bonus zur Abfederung der ständig steigenden Mieten und höhere Steuern für Reiche durch eine Vermögenssteuer ab einer Million Euro. Eine der wirksamsten Maßnahmen, die ArbeitnehmerInnen zu entlasten, sieht Auer in der Abschaffung der „kalten Progression“. „Allein durch die Abschaffung dieser heimlichen Steuereinnahme könnten die ArbeitnehmerInnen innerhalb von drei bis vier Jahren mit über 6 Milliarden Euro an Steuern entlastet werden.“ Außerdem fordert die AK-Vizepräsidentin eine Steuerbefreiung bis 1.700 Euro brutto. Ab 2021 soll das bei mittleren Einkommen jährlich 1.100 Euro Steuerersparnis bringen. Der unter Türkis-Blau beschlossene Sozialversicherungsbonus von 300 Euro soll zudem nicht erst 2021, sondern schon mit 1. Jänner 2020 in Kraft treten, um kleinere EinkommensbezieherInnen zu entlasten.

Vermögen höher besteuern

Zur Finanzierung der steuerlichen Entlastung der ArbeitnehmerInnen sollen Vermögen und Konzerngewinne höher besteuert werden. Österreich hat laut einer Studie der Österreichischen Nationalbank eine der höchsten Vermögensungleichheiten in Europa. „Das reichste Prozent der Haushalte in Österreich besitzt fast ein Viertel des Vermögens, die obersten 10 Prozent mehr als die restlichen 90 Prozent der Bevölkerung gemeinsam“, kritisiert Auer. Für sie ist klar: „Insgesamt rund 80 Prozent der Steuern in Österreich kommen derzeit von ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen. Deshalb müssen auch 80 Prozent einer Steuerentlastung diesen zugutekommen“, fordert Auer.

Gleiche Rechte bei allen Beschäftigungsformen

Laut einer Studie hat in den letzten 10 Jahren die Anzahl der geringfügig Beschäftigten österreichweit um 27,6 Prozent zugenommen. Rund die Hälfte dieser Personen weisen weitere Versicherungsverhältnisse auf. „Es darf nicht sein, dass mehrfach geringfügig Beschäftigte, die die Geringfügigkeitsgrenze überschreiten, bei Arbeitslosigkeit keine Leistungsansprüche erwerben. Diese mehrfach geringfügig Beschäftigten müssen in die Arbeitslosenversicherung miteinbezogen werden“, fordert Auer.

Arbeitszeitverkürzung und Recht auf 4-Tage-Woche

Während in Österreich die Höchstarbeitszeit auf 60-Stunden die Woche und 12-Stunden am Tag ausgedehnt wurde, geht international der Trend in Richtung Arbeitszeitverkürzung. Beispiele aus Neuseeland, Schweden und Deutschland machen deutlich: das bringt Vorteile für alle. „Die MitarbeiterInnen sind zufriedener, produktiver und engagierter bei der Arbeit. Eine Arbeitszeitverkürzung bringt zudem mehr Jobs und mehr Steuereinnahmen“, erklärt Auer. Langfristig bedeutet das für die öffentliche Hand auch Ersparnisse, weil es weniger Krankenstände, weniger Invaliditätspensionen und weniger Arbeitslose gibt.

„Wer 12 Stunden arbeiten muss, wie uns das die alte Bundesregierung eingebrockt hat, verspürt das genaue Gegenteil: Abgeschlagenheit, Unkonzentriertheit und Demotivation. ÖVP und FPÖ haben die Einführung des „freiwilligen“ 12-Stunden-Arbeitstages mit mehr Arbeitszeitflexibilität und der Möglichkeit einer 4-Tage-Woche gerechtfertigt. Mehr Flexibilität gab es jedoch nur für die Unternehmen“, kritisiert Auer. Sie fordert deshalb einen Rechtsanspruch auf die 4-Tage Woche. Die Normal-Arbeitszeit (je nach Branche zwischen 35 und 40 Stunden) soll auf 4 Tage verteilt werden, ohne die Normalarbeitszeit zwischen 9 und 10 Stunden zu überschreiten.

Darüber hinaus setzt sich Auer für das leichtere Erreichen einer 6. Urlaubswoche ein. Die 6. Urlaubswoche steht derzeit im privaten Arbeitsrecht nur dann zu, wenn man die notwendigen 25 Jahre bei demselben Arbeitgeber verbracht hat. „Wir wollen eine Zusammenrechnung aller Dienstzeiten aus Arbeitsverhältnissen für den Urlaubsanspruch. Das bedeutet 6. Urlaubswoche nach 25 Arbeitsjahren für alle!“